

**Hinweis:** Gegenstand dieser Konsultation sind **nur** die **rot hinterlegten** Textänderungen.

**Messstellenbetreiberrahmenvertrag Strom  
zwischen Netzbetreiber und Messstellenbetreiber nach § 9 Abs. 1 Nr. 3 Mess-  
stellenbetriebsgesetz (MsbG)**

Zwischen

~~-Messstellenbetreiber-~~

und

~~-Netzbetreiber-~~

.....

.....  
(Name, Adresse, Marktpartneridentifikationsnummer (MP-ID))

- nachfolgend „Netzbetreiber“ genannt -

und

.....

.....  
(Name, Adresse, Marktpartneridentifikationsnummer (MP-ID))

- nachfolgend „Messstellenbetreiber“ genannt -

gemeinsam auch „Vertragspartnereien“ genannt,

wird folgender Rahmenvertrag geschlossen.

**Angaben zur Identifikation** \_\_\_\_\_

**Netzbetreiber:** \_\_\_\_\_ **Marktpartneridentifikationsnummer**

**Messstellenbetreiber:** \_\_\_\_\_ **Marktpartneridentifikationsnummer**

Konsultation

## Präambel

<sup>1</sup>Der vorliegende Messstellenbetriebsrahmenvertrag wurde durch förmliche Festlegung der Bundesnetzagentur vorgegeben (Az. BK6-09-034 in der Fassung der Festlegung BK6-24-125, Beschl. v. XX.XX.202X). <sup>2</sup>Zukünftige Festlegungen werden mit Datum ihres Inkrafttretens Bestandteil dieses Vertrages.

### § 1 Gegenstand des Vertrages

<sup>1</sup>Dieser Vertrag regelt die Rechte und Pflichten zur Durchführung des Messstellenbetriebs einschließlich der mess- und eichrechtskonformen Messung an den Mess- und Marktlokationen von Letztverbrauchern und Anlagenbetreibern zwischen dem Netzbetreiber und einem durch einen nicht mit dem Netzbetreiber identischen Messstellenbetreiber, der

- a) ~~aufgrund einer Übertragung nach den §§ 41ff. MsbG~~
- b) ~~aufgrund einer Beauftragung durch den Anschlussnutzer nach § 5 MsbG oder~~
- c) ~~aufgrund einer Beauftragung durch den Anschlussnehmer nach § 6 MsbG~~

im Netzgebiet des Netzbetreibers auf der Grundlage des MsbG sowie der auf dieser Basis erlassenen Rechtsverordnungen und behördlichen Festlegungen in jeweils aktueller Fassung zuständig ist. <sup>2</sup>Die in dem vorliegenden Vertrag enthaltenen Regelungen sind in ihrem Anwendungsbereich abschließend. <sup>3</sup>Die Parteien Vertragspartner sind befugt, in beiderseitigem Einverständnis zu diesem Vertrag ergänzende Regelungen zu treffen, sofern der Netzbetreiber den Abschluss der ergänzenden Regelungen jedem Messstellenbetreiber diskriminierungsfrei anbietet. <sup>4</sup>Der Abschluss der ergänzenden Regelungen darf nicht zur Bedingung für den Abschluss dieses Vertrages bzw. für die Aufnahme des Messstellenbetriebs gemacht werden. <sup>5</sup>Messlokation ist jede Messstelle i.S.d. § 2 Nr. 11 MsbG und damit eine Lokation, an der Energie gemessen wird und die alle technischen Einrichtungen beinhaltet, die zur Ermittlung und ggf. Übermittlung der Messwerte erforderlich sind. <sup>6</sup>In einer Messlokation wird jede relevante physikalische Größe zu einem Zeitpunkt maximal einmal ermittelt. <sup>7</sup>Die Marktlokation entspricht einer Einspeise- oder Entnahmestelle i.S.d. StromNZV. <sup>8</sup>In einer Marktlokation wird Energie entweder erzeugt oder verbraucht. <sup>9</sup>Die Marktlokation ist mit mindestens einer Leitung mit einem Netz verbunden. <sup>10</sup>Die Erbringung von Zusatzleistungen gemäß § 34 Abs. 2 und 3 MsbG ist nicht Gegenstand des vorliegenden Vertrages; diese unterfallen dem Zusatzleistungsvertrag.

### § 2 Anforderungen an die Messlokation

1. <sup>1</sup>Der Messstellenbetreiber bestimmt im Rahmen der gesetzlichen Anforderungen, insbesondere des § 8 Abs. 1 MsbG Ort, Art, Zahl und Größe von Mess- und Steuereinrichtungen und beauftragten technischen Einrichtungen einschließlich Steuerungseinrichtungen. <sup>2</sup>Diese Bestimmung muss im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben unter Berücksichtigung energiewirtschaftlicher Belange in angemessenem Verhältnis zur Höhe des Verbrauchs und zum Verbraucherverhalten oder zur Höhe der Erzeugung stehen.
2. ~~Der Netzbetreiber bestimmt den Anbringungsort von Mess- und Steuereinrichtungen gemäß § 22 Abs. 2 NAV.~~
- 2.3. Die technischen Einrichtungen der Messlokationen dürfen keine unzulässigen Rückwirkungen auf das Netz des Netzbetreibers oder auf Anlagen anderer Anschlussnehmer verursachen.
- 3.4. Für die sonstigen Mindestanforderungen an die Messlokation gilt § 11 dieses Vertrages.

### § 3 Voraussetzungen für das Tätigwerden/den Wechsel des Messstellenbetreibers

<sup>1</sup>Hat gem. §§ 5, 6 MsbG eine Beauftragung eines Dritten stattgefunden, so hat der neue Messstellenbetreiber die betroffene Messlokation beim Netzbetreiber unverzüglich anzumelden. <sup>2</sup>In begründeten Einzelfällen kann der Netzbetreiber vom Messstellenbetreiber einen Nachweis der Beauftragung verlangen. <sup>3</sup>In diesem Fall genügt die Übersendung einer Kopie als elektronisches Dokument an den Netzbetreiber. <sup>4</sup>Der Messstellenbetreiber stellt den Netzbetreiber von Haftungsansprüchen Dritter frei, die daraus resultieren, dass keine rechtswirksame Beauftragung vorliegt.

#### § 4 Geschäftsprozesse und Datenaustausch zur Abwicklung des Messstellenbetriebs

1. <sup>1</sup>Die Abwicklung des Messstellenbetriebs sowie des Wechsels des Messstellenbetreibers erfolgt unter Anwendung der von der Bundesnetzagentur erlassenen Festlegungen zur Ausgestaltung der Marktkommunikation, insbesondere der Festlegungen „Wechselprozesse im Messwesen (WiM)“ sowie „Geschäftsprozesse zur Kundenbelieferung mit Elektrizität (GPKE)“ in jeweils geltender Fassung. <sup>2</sup>Setzt ein Vertragspartner diese Vorgaben nicht oder nicht hinreichend um, kann der andere Vertragspartner bei Vorliegen der weiteren Voraussetzungen gemäß § 17 kündigen oder nach § 18 eine Vertragsstrafe erheben.
2. <sup>1</sup>Soweit ist ein elektronischer Datenaustausch zwischen den Vertragspartnern nach Maßgabe der vorgenannten Festlegungen durchzuführen ist, so erfolgt dieser in Anwendung von verbändeübergreifend erarbeiteten Spezifikationen der Expertengruppe „EDI@Energy“, soweit diese zuvor Gegenstand einer durch die Bundesnetzagentur begleiteten Konsultation waren und im Anschluss durch die Bundesnetzagentur veröffentlicht worden sind. <sup>2</sup>Bei der Auslegung sind auch die von EDI@Energy veröffentlichten Fehlerkorrekturen zu berücksichtigen.
3. Regelungslücken, die sich in Anwendung der unter Absatz 1 genannten Festlegungen ergeben, werden die Vertragspartner unter Anwendung der jeweils zu den einzelnen Festlegungen veröffentlichten „Umsetzungsfragen“ schließen, soweit diese mindestens unter Beteiligung von Vertretern der Netzbetreiber, Messstellenbetreiber und Lieferanten erarbeitet wurden und als „konsensual“ eingestuft sind.

#### § 5 Installation der Mess- und Steuerungseinrichtungen bzw. der Messsysteme

1. <sup>1</sup>Die Durchführung der Installation hat unter Beachtung der ~~technischen Mindestanforderungen an den Messstellenbetrieb~~ ~~technischen Anschlussbedingungen des Netzbetreibers~~ nach § 8 Abs. 2 MsbG oder einer entsprechenden Festlegung der Bundesnetzagentur nach § 47 Abs. 2 Nr. 15 MsbG zu erfolgen, ~~soweit dies aus Gründen der sicheren und störungsfreien Versorgung notwendig ist~~. <sup>2</sup>Für die ordnungsgemäße Errichtung, Erweiterung, Änderung und Instandhaltung der technischen Einrichtungen der Messlokation ist der Messstellenbetreiber gegenüber dem Netzbetreiber verantwortlich.
2. <sup>4</sup>~~Soweit nicht der Netzbetreiber die nachfolgenden Arbeiten selbst durch eigenes gleichermaßen qualifiziertes Personal durchführt, dürfen die Anlagenbestandteile der Messlokation~~
  - ~~a) in Niederspannung nur durch ein in ein Installateurverzeichnis eines Elektrizitätsnetzbetreibers eingetragenes Installationsunternehmen, das auch die Befähigung aufweisen muss, falls erforderlich, Arbeiten unter Spannung durchführen zu können,~~
  - ~~b) in den anderen Spannungsebenen durch hierzu qualifiziertes Personal, dessen Befähigung in geeigneter Weise gegenüber dem Netzbetreiber nachgewiesen ist, entsprechend den anerkannten Regeln der Technik,~~~~ein- und ausgebaut, geändert, repariert und gewartet werden. <sup>2</sup>Im Falle des lit. a) darf der Netzbetreiber eine Eintragung in das Installateurverzeichnis nur von dem Nachweis einer ausreichenden fachlichen Qualifikation für die Durchführung der jeweiligen Arbeiten abhängig machen. <sup>1</sup>Die Arbeiten an Anlagenbestandteilen der Messlokation einschließlich des Ein- und Ausbaus von Messeinrichtungen sowie der Änderung der Messlokation dürfen nur durch ausreichend qualifiziertes Personal durchgeführt werden. <sup>2</sup>Das Vorliegen ausreichender Qualifizierung wird vermutet, wenn die ausführende Person eine Elektrofachkraft ist.~~
3. Der Netzbetreiber darf zu keinem Zeitpunkt Zugangshindernisse zu den technischen Einrichtungen der Messlokation errichten, die dem Messstellenbetreiber die Wahrnehmung seiner vertraglichen Rechte erschweren.

## § 6 Wechsel des Messstellenbetreibers

1. <sup>1</sup>Die Vertragspartei ~~partner~~ verpflichten sich, beim Übergang des Messstellenbetriebs dem neuen Messstellenbetreiber ~~nach dessen Wahl~~ die zur Messung vorhandenen technischen Einrichtungen, insbesondere
  - die Messeinrichtung,
  - ~~die technischen Einrichtungen, einschließlich Steuerungseinrichtung,~~
  - die Wandler,
  - vorhandene Telekommunikationseinrichtungenvollständig oder einzelne dieser Einrichtungen, soweit ~~technisch~~ möglich, gegen angemessenes Entgelt zum Kauf oder zur Nutzung anzubieten. <sup>2</sup>Das Wahlrecht bezüglich der angebotenen Einrichtung(en) obliegt dem neuen Messstellenbetreiber, das Wahlrecht bezüglich Kauf oder Nutzung obliegt dem bisherigen Messstellenbetreiber. <sup>3</sup>Kommt es zwischen dem bisherigen und dem neuen Messstellenbetreiber zu keiner einvernehmlichen Einigung über das angemessene Entgelt, so gilt im Zweifel
  - a) im Fall des Kaufs der Sachzeitwert,
  - b) im Fall der Nutzungsüberlassung höchstens dasjenige monatliche Entgelt, das der bisherige Messstellenbetreiber seinerseits bislang als Entgelt für die betreffende technische Einrichtung verlangt hat, ~~bzw. das sich anhand des Gesamtgefüges des bisherigen Entgeltes nachvollziehen lässt~~, als angemessen.
2. Soweit der neue Messstellenbetreiber von dem Angebot ~~oder von seinem Auswahlrecht~~ nach Absatz 1 keinen Gebrauch macht, hat der bisherige Messstellenbetreiber, ~~erforderlichenfalls in Zusammenwirken mit dem Netzbetreiber~~, die vorhandenen technischen Einrichtungen zu einem von dem neuen Messstellenbetreiber zu bestimmenden Zeitpunkt unentgeltlich zu entfernen oder den Ausbau der Einrichtungen durch den neuen Messstellenbetreiber ~~zu dulden und gegebenenfalls~~ zu ermöglichen, wenn dieser dafür Sorge trägt, dass die ausgebauten Einrichtungen dem bisherigen Messstellenbetreiber auf dessen Wunsch zur Verfügung gestellt werden.
3. <sup>1</sup>Kommt es zum Ausbau der bisherigen Messeinrichtung durch den neuen Messstellenbetreiber und wird zwischen den Beteiligten (den ~~Parteien~~ Vertragspartnern dieses Vertrages bzw. zwischen den beteiligten Dritten untereinander) keine einvernehmliche abweichende Regelung erzielt, so gilt: <sup>2</sup>Ist einer ~~der~~ Vertragspartei ~~partner~~ neuer Messstellenbetreiber im Sinne von Absatz 1 und 2, bewahrt ~~sie~~ bis zur unverzüglichen Abholung durch den bisherigen Messstellenbetreiber die von ~~ihm~~ ausgebauten technischen Einrichtungen unentgeltlich auf und sichert diese gegen Beschädigungen und den unberechtigten Zugriff Dritter. <sup>3</sup>Hierbei hat ~~sie~~ für die Sorgfalt einzustehen, welche ~~sie~~ in eigenen Angelegenheiten anzuwenden pflegt. <sup>4</sup>Ist einer ~~der~~ Vertragspartei ~~partner~~ bisheriger Messstellenbetreiber im Sinne von Absatz 1 und 2, so hat ~~sie~~ die vom neuen Messstellenbetreiber ausgebauten technischen Einrichtungen auf eigene Kosten und Gefahr unverzüglich abzuholen. <sup>5</sup>Holt der alte Messstellenbetreiber die Einrichtungen nicht unverzüglich ab, so ist der neue Messstellenbetreiber berechtigt und verpflichtet, diese dem bisherigen Messstellenbetreiber auf dessen Kosten und Gefahr zu übersenden. <sup>6</sup>Dabei sind die Grundsätze der effizienten Leistungserbringung zu beachten.
4. ~~Zeigt der bisherige Messstellenbetreiber gegenüber dem neuen Messstellenbetreiber an, seine technischen Einrichtungen im Rahmen eines Gerätewechsels selbst auszubauen und ist er zu dem vom neuen Messstellenbetreiber genannten Zeitpunkt an einem Ausbau deshalb gehindert, weil er diesen nur in Zusammenwirken mit dem neuen Messstellenbetreiber vollziehen darf, der neue Messstellenbetreiber jedoch zum vorgesehenen Zeitpunkt nicht an der Messlokation erschienen ist, verpflichtet sich der neue Messstellenbetreiber gegenüber dem Netzbetreiber, dem alten Messstellenbetreiber die hierdurch entstandenen Kosten zu ersetzen (echter Vertrag zugunsten Dritter). <sup>1</sup>Der Messstellenbetreiber ist verpflichtet, im Rahmen der Übernahme bzw. Übergabe einer Messlokation an den erforderlichen Maßnahmen zum Ausbau der bisherigen Messeinrichtung zeitnah mitzuwirken. <sup>2</sup>Verzögert der Messstellenbetreiber unberechtigt den Einbau seiner Messeinrichtung oder die Übernahme derselben durch ihn, kann der Netzbetreiber eine Gebühr gemäß § 18 erheben.~~

## § 7 Messstellenbetrieb

1. <sup>1</sup>Der Messstellenbetreiber hat die Aufgabe, ~~den Messstellenbetrieb nach näherer Maßgabe gem. des § 3 Abs. 2 MsbG entsprechend den gesetzlichen Anforderungen zuverlässig~~ durchzuführen, ~~so weit nicht eine anderweitige Aufgabenzuweisung durch Gesetz, Rechtsverordnung oder behördliche Festlegung ausgesprochen ist.~~
2. <sup>1</sup>Der Messstellenbetreiber sichert (z. B. durch Plombierung) die Messeinrichtungen in angemessener Weise gegen unberechtigte Energieentnahme. <sup>2</sup>Die Sicherungsvorrichtungen müssen dem Messstellenbetreiber oder dem von ihm beauftragten Unternehmen in einer für den Netzbetreiber erkennbaren Weise eindeutig zuordenbar sein. <sup>3</sup>Mit Einverständnis des Messstellenbetreibers darf der Netzbetreiber die entsprechenden Sicherungsmaßnahmen auch selbst vornehmen. <sup>4</sup>Er darf Sicherungsmaßnahmen auch ohne Einverständnis des Messstellenbetreibers und auf dessen Kosten vornehmen, falls der Messstellenbetreiber die nach Satz 1 erforderlichen Sicherungsmaßnahmen unterlässt.
3. Sofern Sicherungsvorrichtungen des Netzbetreibers im Rahmen der Arbeiten des Messstellenbetreibers geöffnet werden müssen, hat der Messstellenbetreiber den Netzbetreiber zu informieren und auf eigene Kosten für eine ordnungsgemäße Wiederherstellung der Sicherungsvorrichtungen zu sorgen, die eine eindeutige Zuordnung des ausführenden Unternehmens ermöglicht.
4. <sup>1</sup>Vor Arbeiten an der Messlokation, die erkennbar Auswirkungen auf den Netzbetrieb oder auf netzgesteuerte Kundenanlagen haben können, ist das Einverständnis des Netzbetreibers einzuholen. <sup>2</sup>Der Netzbetreiber hat unverzüglich, spätestens aber am dritten Werktag nach Information durch den Messstellenbetreiber, mitzuteilen, ob zwingende technische Gründe der Durchführung der Arbeiten entgegenstehen. <sup>3</sup>Andernfalls gilt das Einverständnis des Netzbetreibers als erteilt.
5. <sup>1</sup>Hat der Netzbetreiber aufgrund gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtungen – etwa zur Durchführung der Unterbrechung des Anschlusses oder der Anschlussnutzung nach den §§ 17 und 24 der NAV – Arbeiten durchzuführen und ist hierfür die Einwirkung auf technische Einrichtungen der vom Messstellenbetreiber betriebenen Messlokation erforderlich, so gilt: <sup>2</sup>Der Netzbetreiber hat den Messstellenbetreiber mit einer Vorlaufzeit von drei Werktagen über Erforderlichkeit, Umfang und Zeitpunkt der Einwirkung zu informieren. <sup>3</sup>Der Messstellenbetreiber hat dem Netzbetreiber innerhalb der drei Werktage eine Rückmeldung zu geben, ob er der Vorgehensweise durch den Netzbetreiber zustimmt. <sup>4</sup>Die Zustimmung des Messstellenbetreibers kann auch generell im Voraus erteilt werden. <sup>5</sup>Erteilt der Messstellenbetreiber die Zustimmung nicht, so ist er verpflichtet, zur Unterstützung der vom Netzbetreiber durchzuführenden Unterbrechung die seinerseits erforderliche Mitwirkung zu leisten. <sup>6</sup>Leistet der Messstellenbetreiber zum angegebenen Zeitpunkt die erforderliche Mitwirkung nicht, so ist der Netzbetreiber seinerseits berechtigt, die erforderlichen Handlungen auch ohne den Messstellenbetreiber vorzunehmen. <sup>7</sup>Nach Abschluss der Arbeiten hat der Netzbetreiber unverzüglich den Ausgangszustand in Bezug auf die technischen Einrichtungen der Messlokation wieder herzustellen. <sup>8</sup>Bestanden die Arbeiten in einer Unterbrechung des Anschlusses oder der Anschlussnutzung, so ist der Ausgangszustand spätestens bei Aufhebung der Unterbrechung wieder herzustellen.
6. <sup>1</sup>Bei Gefahr im Verzug, insbesondere in den Fällen des § 24 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 3 NAV, ist der Netzbetreiber auch ohne vorherige Information und ohne vorherige Zustimmung des Messstellenbetreibers berechtigt, unmittelbar auf technische Einrichtungen der Messlokation des Messstellenbetreibers einzuwirken. <sup>2</sup>Er hat den Messstellenbetreiber in diesem Fall unverzüglich im Nachgang über Art, Umfang und Dauer der vorgenommenen Arbeiten zu informieren. <sup>3</sup>Nach Abschluss der Arbeiten hat der Netzbetreiber unverzüglich den Ausgangszustand in Bezug auf die technischen Einrichtungen der Messlokation wieder herzustellen. <sup>4</sup>Bestanden die Arbeiten in einer Unterbrechung des Anschlusses oder der Anschlussnutzung, so ist der Ausgangszustand spätestens bei Aufhebung der Unterbrechung wieder herzustellen.
7. <sup>1</sup>Der Messstellenbetreiber darf Unterbrechungen des Anschlusses oder der Anschlussnutzung, die der Netzbetreiber veranlasst hat, nicht ohne Zustimmung des Netzbetreibers wieder aufheben. <sup>2</sup>Der vorstehende Satz gilt auch im Rahmen der Durchführung des Messstellenbetreiberwechsels.
8. <sup>1</sup>Im Falle des Wechsels des bisherigen Anschlussnutzers oder Anschlussnehmers ist der ~~Messstellenbetreiber Dritte, der den Messstellenbetrieb durchführt,~~ auf Verlangen des grundzuständigen Messstellenbetreibers verpflichtet, für einen Übergangszeitraum von längstens drei Monaten

den Messstellenbetrieb fortzuführen, bis der Messstellenbetrieb auf Grundlage eines Auftrages des neuen Anschlussnutzers oder des neuen Anschlussnehmers durchgeführt werden kann. <sup>2</sup>Der ~~Dritte-Messstellenbetreiber~~ hat Anspruch auf ein vom grundzuständigen Messstellenbetreiber zu entrichtendes angemessenes Entgelt. <sup>3</sup>In anderen Fällen als dem Wechsel des Anschlussnutzers bzw. Anschlussnehmers, in denen die Messlokation wieder dem grundzuständigen Messstellenbetreiber zuzuordnen wäre, ist dieser in entsprechender Anwendung dieses Absatzes für einen Übergangszeitraum von längstens einem Monat berechtigt, vom bisherigen Messstellenbetreiber die Fortführung des Messstellenbetriebs gegen ein angemessenes Entgelt zu verlangen, sofern dieser in der Lage ist, den Messstellenbetrieb ordnungsgemäß fortzusetzen. <sup>4</sup>Bei der Beurteilung der Angemessenheit der Entgelte sind die verbauten technischen Einrichtungen an der Messstelle maßgeblich. <sup>5</sup>Kommt es im Rahmen des Wechsels der Zuständigkeit des Messstellenbetreibers für eine Messlokation durch Verzögerungen bei Gerätewechsel und/oder Geräteübernahme zwischen ~~altem~~ ~~bisherigem~~ und neuem Messstellenbetreiber zu einer Verkürzung oder Verlängerung der Zuständigkeit des alten Messstellenbetreibers von bis zu **9 neun** Werktagen (Realisierungskorridor), so steht den Messstellenbetreibern hierfür jeweils gegenseitig kein finanzieller Ausgleich zu.

9. <sup>1</sup>Der Messstellenbetreiber übermittelt dem Netzbetreiber die zur Verwaltung der Marktlokationen erforderlichen Informationen über die Messlokation. <sup>2</sup>Diese Übermittlung hat, soweit möglich, im Wege der elektronischen Datenkommunikation zu erfolgen.
10. <sup>1</sup>Der Netzbetreiber ist berechtigt, bei Zweifeln an der Richtigkeit der Messwerte die Durchführung einer Kontrollablesung durch den Messstellenbetreiber zu verlangen. <sup>2</sup>Die Kosten hierfür trägt der Netzbetreiber, sofern die Messwerte des Messstellenbetreibers richtig sind. <sup>3</sup>Andernfalls trägt der Messstellenbetreiber die Kosten dieser Ablesung.
11. Der Messstellenbetreiber hat das Recht, die Messwerte für die Aufteilung einer Energiemenge auf mehrere Teilzeiträume vor dem Hintergrund einer Änderung der Netzentgelte, Abgaben oder Umlagen rechnerisch abzugrenzen.
12. Der Messstellenbetreiber unternimmt alle zumutbaren Anstrengungen, um Störungen oder Unterbrechungen des Messstellenbetriebs unverzüglich zu beheben.

## **§ 8 Den Messstellenbetrieb ergänzende Pflichten des Messstellenbetreibers**

1. Der Messstellenbetreiber ist verpflichtet, erforderlichenfalls unverzüglich eine Stammdatenkorrektur durchzuführen, sobald er Kenntnis von Beginn, Änderung oder Beendigung seiner Zuständigkeit für eine Markt- bzw. Messlokation erlangt.
2. Der Messstellenbetreiber ist verpflichtet, im Falle der Vertragsbeendigung diejenigen Pflichten aus diesem Vertrag gegenüber dem Netzbetreiber fortzusetzen, die bis zu dem oder für den Übergang des Messstellenbetriebs auf den neuen Messstellenbetreiber weiterhin erforderlich sind.
3. Der Messstellenbetreiber ist verpflichtet, die Mitwirkungspflichten, die zur Beendigung seiner Verantwortlichkeit für eine Messlokation erforderlich sind, gegenüber dem neuen Messstellenbetreiber zeitnah und kooperativ zu erfüllen.

## **§ 8-9 Kontrolle der Messlokation, Störungsbeseitigung und Befundprüfung**

1. <sup>1</sup>Der Messstellenbetreiber hat eine Störungsannahme vorzuhalten. <sup>2</sup>Liegen Anhaltspunkte für Störungen (z.B. Fehlfunktion, Verlust, Beschädigungen, Manipulationen oder Manipulationsversuche) der Messlokation vor, führt der Messstellenbetreiber nach eigener Kenntnisnahme oder nach Aufforderung durch den Netzbetreiber unverzüglich eine Kontrolle der Messlokation durch und beseitigt erforderlichenfalls die Störung. <sup>3</sup>Erfolgt im Störfall innerhalb der nach den festgelegten Geschäftsprozessen vorgesehenen Fristen keine Rückmeldung über die Störungsannahme bzw. keine Störungsbeseitigung durch den Messstellenbetreiber, so kann der Netzbetreiber die Störung auf Kosten des Messstellenbetreibers selbst beseitigen oder einen Dritten mit der

Störungsbeseitigung beauftragen. <sup>4</sup>Erfolgt die Kontrolle durch den Messstellenbetreiber aufgrund einer Aufforderung des Netzbetreibers und werden keine Störungen im Sinne von Satz 1 festgestellt, kann der Messstellenbetreiber vom Netzbetreiber ein angemessenes Entgelt verlangen. <sup>5</sup>Bei Gefahr im Verzug hat der Messstellenbetreiber unmittelbar die in seinem Einwirkungsbereich befindlichen offenen und unter Spannung stehenden Anlagenteile gefahrlos zu machen bzw. die Hauptsicherungseinrichtung zu schließen, damit die Stromzufuhr unterbrochen wird und Gefahren abgewendet werden.

2. <sup>1</sup>Der Netzbetreiber ist berechtigt, jederzeit die Nachprüfung der Messeinrichtung durch eine Befundprüfung nach ~~§ 32 Abs. 1, 1a und 3 der Eichordnung §§ 33 ff. Mess- und Eichverordnung~~ oder einer Nachfolgevorschrift durch eine Eichbehörde oder eine staatlich anerkannte Prüfstelle im Sinne des ~~Mess- und Eichgesetzes (MessEG)~~ zu verlangen. <sup>2</sup>Stellt der Netzbetreiber den Antrag auf Nachprüfung nicht beim Messstellenbetreiber, so hat er diesen zugleich mit der Antragstellung zu benachrichtigen. <sup>3</sup>Beantragt der Netzbetreiber eine solche Befundprüfung, ist der Messstellenbetreiber zum Wechsel der Geräte, zur Übergabe der ausgebauten Messeinrichtung an die Eichbehörde oder Prüfstelle und zur Unterrichtung des Netzbetreibers verpflichtet. <sup>4</sup>Ergibt die Befundprüfung, dass das Messgerät nicht verwendet werden darf, so trägt der Messstellenbetreiber die Kosten der Nachprüfung sowie des auf Seiten des Messstellenbetreibers entstandenen Aufwandes, ansonsten trägt der Netzbetreiber die vorbezeichneten Kosten.
3. <sup>1</sup>Bekannt gewordene Störungen sowie die Ergebnisse der Maßnahmen zur Störungsbeseitigung oder einer Befundprüfung sind dem Netzbetreiber vom Messstellenbetreiber unverzüglich in Textform mitzuteilen. <sup>2</sup>Erhält der Messstellenbetreiber anlässlich seiner Tätigkeit Anhaltspunkte über Störungen an Anlagen des Netzbetreibers, hat er diesen hierüber unverzüglich in Textform zu unterrichten.

#### **§ 9-10 Pflichten des Netzbetreibers**

1. <sup>1</sup>Der Netzbetreiber ist für die Vergabe der eindeutigen Identifikationsnummer für die Messlokation zuständig. <sup>2</sup>Diese erfolgt nach den Vorgaben der VDE FNN AR-N 4400 in jeweils geltender Fassung. <sup>3</sup>~~Der Netzbetreiber hat bei Neuanlagen spätestens bis zum Zeitpunkt der Inbetriebsetzung der elektrischen Anlage die Identifikationsnummer zu vergeben.~~
2. ~~<sup>1</sup>Soweit durch Gesetz, Rechtsverordnung oder behördliche Festlegung ausgesprochen, hat der Netzbetreiber abweichend von § 3 Abs. 2 MsbG auch die Aufgabe, eine Messwertaufbereitung und -verteilung vorzunehmen. <sup>2</sup>Der Messstellenbetreiber wird ihn hierzu durch Bereitstellung etwa erforderlicher Zusatzangaben zur Messlokation unterstützen.~~
- 3-2. Der Netzbetreiber verpflichtet sich zur unverzüglichen Übergabe aller für die Realisierung des Messstellenbetriebs erforderlichen Informationen (z.B. Identifikationsnummern, Ausgestaltung der Messlokation, Tarifschalt- und Unterbrechungszeiten).
- 4-3. <sup>1</sup>Führt der Netzbetreiber erforderliche Maßnahmen in seinen Anlagen durch, die erkennbar Auswirkungen auf die Wirkungsweise der Messlokation (z.B. Ausfall, Störung, Veränderung von Messwerten) haben können, so ist der Messstellenbetreiber vor Aufnahme der Arbeiten unverzüglich zu informieren, soweit dies möglich ist und die Beseitigung einer Störung nicht verzögern würde. <sup>2</sup>Ansonsten ist die Information unverzüglich nachzuholen.
- 5-4. Stellt der Netzbetreiber den Verlust, Beschädigungen oder Störungen der technischen Einrichtungen der Messlokation fest, so hat er dies dem Messstellenbetreiber unverzüglich mitzuteilen.
5. ~~<sup>1</sup>Der Netzbetreiber hat dem Messstellenbetreiber gegen ein angemessenes und diskriminierungsfreies Entgelt im Rahmen der technischen Möglichkeiten Zugang zum Elektrizitätsverteilernetz zur Messdatenübertragung zu gewähren. <sup>2</sup>Ein entsprechender Vertrag zur Regelung des Zugangs ist separat zu schließen. <sup>3</sup>Der Netzbetreiber ist in diesem Zusammenhang nicht verpflichtet, entsprechende Ressourcen zur Datenübertragung aufzubauen oder zu erweitern.~~
6. Der Netzbetreiber ist nicht verpflichtet, Inkassoleistungen für den Messstellenbetreiber zu erbringen.
7. ~~Der Netzbetreiber ist verpflichtet, im Falle der Vertragsbeendigung diejenigen Pflichten aus diesem Vertrag gegenüber dem bisherigen Messstellenbetreiber fortzusetzen, die für den oder bis~~

zum Übergang des Messstellenbetriebs auf den neuen Messstellenbetreiber weiterhin erforderlich sind.

8. Der Netzbetreiber ist verpflichtet, nach GPKE-konformer Mitteilung des Messstellenbetreibers über den Beginn, die Änderung oder die Beendigung seiner Zuständigkeit für eine Markt- bzw. Messlokation unverzüglich eine Stammdatensynchronisation auf Grundlage der in der GPKE jeweils aktuell vorgesehenen Prozesse zu initiieren bzw. dem Messstellenbetreiber unverzüglich eine Stammdatensynchronisation unter Angabe aller erforderlicher Informationen mitzuteilen.
9. <sup>1</sup>Der Netzbetreiber ist verpflichtet, bei Hinweisen auf Fehler in den Stammdaten oder sonstigen Angaben des Messstellenbetreibers, ein Clearing nach Maßgabe der in der GPKE niedergelegten Prozessen durchzuführen. <sup>2</sup>Der Messstellenbetreiber bleibt zur Mitwirkung am Clearing verpflichtet.

### § 10-11 Erfüllung eichrechtlicher Vorschriften

<sup>1</sup>Der Messstellenbetreiber ist mit Blick auf die Durchführung des Messstellenbetriebs Messgeräteverwender im Sinne des Eichrechts und verantwortlich für die Einhaltung aller sich aus dem Eichrecht ergebenden Anforderungen und Verpflichtungen. <sup>2</sup>~~Er~~ Mit Unterzeichnung dieses Vertrags bestätigt der Messstellenbetreiber im Sinne des § 33 Abs. 2 MessEG, dass er als Messgeräteverwender seine ihm hiernach obliegenden Verpflichtungen erfüllt.

### § 41-42 Mindestanforderungen des Netzbetreibers

1. <sup>1</sup>Der Netzbetreiber ist ~~berechtigt, im Rahmen des~~ unter den Voraussetzungen des § 8 Abs. 2 MsbG ~~sachlich gerechtfertigte und nicht diskriminierende~~ ~~berechtigt~~, technische Mindestanforderungen an ~~die in seinem Netzgebiet verwendeten Mess- und Steuereinrichtungen vorzugeben~~ den Messstellenbetrieb aufzustellen. <sup>2</sup>Vor Eintritt ihrer Verbindlichkeit hat der Netzbetreiber diese in angemessener Weise und mit ausreichendem zeitlichen Vorlauf sowie einer Begründung zu veröffentlichen und Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. <sup>3</sup>Die technischen Mindestanforderungen sind anschließend auf der Internetseite des Netzbetreibers zu veröffentlichen.
2. <sup>1</sup>Sofern auf eine Messlokation wegen baulicher Veränderungen oder einer Änderung des Verbrauchsverhaltens des Anschlussnutzers oder Änderungen des Netznutzungsvertrages andere Mindestanforderungen anzuwenden sind, ist der Netzbetreiber berechtigt, vom Messstellenbetreiber die erforderlichen Anpassungen der Messlokation an die anderweitigen Mindestanforderungen zu verlangen. <sup>2</sup>Erfolgt keine Anpassung an die anzuwendenden Mindestanforderungen, ist der Netzbetreiber berechtigt, den Vertrag über den Messstellenbetrieb für diese Messlokation bei einer wesentlichen Abweichung von den Mindestanforderungen zu beenden.
3. <sup>1</sup>Der Netzbetreiber ist berechtigt, die Mindestanforderungen gemäß § 8 Abs. 2 MsbG bei Bedarf anzupassen. <sup>2</sup>Über beabsichtigte Änderungen wird der Netzbetreiber den Messstellenbetreiber mindestens drei Monate vor deren Wirksamwerden in Textform informieren und dem Messstellenbetreiber in angemessener Weise Gelegenheit zur Stellungnahme geben. <sup>3</sup>~~Die Pflicht zur Konsultation entfällt, soweit die jeweilige Mindestanforderung bereits Gegenstand einer wirksam verabschiedeten technischen Mindestanforderung im Anwendungsbereich des § 19 Abs. 4 EnWG war.~~

### § 42-43 Datenaustausch und Datenverarbeitung

1. Der Datenaustausch zwischen Netzbetreiber und Messstellenbetreiber ~~in Bezug auf den Messstellenbetrieb~~ erfolgt ~~elektronisch~~ in den von der Bundesnetzagentur vorgegebenen Nachrichtenformaten und Fristen.
2. Die Vertragspartner sichern zu, dass sie sämtlichen Pflichten, insbesondere ihren Informationspflichten, nach den einschlägigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen nachkommen.

- 2-3. ~~<sup>1</sup>Die Kontaktdaten für die jeweiligen Ansprechpartner beim Netzbetreiber und Messstellenbetreiber sind in Textform zusammenzustellen und auszutauschen. <sup>2</sup>Änderungen werden sich die Vertragsparteien unverzüglich mitteilen. <sup>1</sup>Die Vertragspartner benennen ihre Ansprechpartner und deren jeweilige Erreichbarkeit durch beiderseitigen Austausch. <sup>2</sup>Die jeweilige Erreichbarkeit innerhalb der üblichen Geschäftszeiten ist sicherzustellen. <sup>3</sup>Änderungen sind unverzüglich mitzuteilen.~~
- 3-4. <sup>1</sup>Die Vertragspartei(en)partner werden die im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages erhobenen, übermittelten oder zugänglich gemachten personenbezogenen Daten vertraulich behandeln. <sup>2</sup>Dies gilt namentlich hinsichtlich der Beachtung von § 6a EnWG und der datenschutzrechtlichen Bestimmungen. <sup>3</sup>Die Vertragspartei(en)partner sind berechtigt, ~~Verbrauchs-, Abrechnungs- und Vertragsdaten (insbesondere für die Erfassung, Bilanzierung und Abrechnung der Elektrizitätslieferungen sowie der Netznutzung)~~ Messwerte und Stammdaten sowie weitere für den Messstellenbetrieb erforderliche Informationen an Dritte in dem Umfang weiterzugeben, wie dies zur ordnungsgemäßen technischen und kommerziellen Abwicklung der jeweiligen Pflichten erforderlich ist. <sup>4</sup>Diese Regelungen schließen eine Weitergabe an Behörden und Gerichte im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben nicht aus.
5. <sup>1</sup>Die technischen Einzelheiten für den Datenaustausch zwischen den Vertragspartnern sind in der Vereinbarung über den elektronischen Datenaustausch geregelt, die diesem Vertrag als Anlage beiliegt und gemäß § 19 lit. c Vertragsbestandteil ist. <sup>2</sup>Diese Vereinbarung dient auch der Erfüllung der Voraussetzungen des § 14 Abs. 3 Nr. 2 Umsatzsteuergesetz (UStG).
6. <sup>1</sup>Personenbezogene Daten sind gemäß den Anforderungen des § 52 Abs. 3 MsbG zu anonymisieren oder zu pseudonymisieren. <sup>2</sup>Die Daten werden zwischen den beiden Vertragspartnern auf eine Art und Weise ausgetauscht, die einen wirksamen Schutz vor dem Zugriff Dritter sicherstellt. <sup>3</sup>Bis zum Inkrafttreten einer anderweitigen Regelung gelten die in dem Positionspapier der Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit „Für eine Festlegung der Bundesnetzagentur nach § 47 Abs. 2 Nr. 13 MsbG zur Pseudonymisierung nach § 52 Abs. 3 MsbG“ getroffenen Anforderungen<sup>1</sup>.

## § 14 Vollmacht

<sup>1</sup>Tritt der Messstellenbetreiber in Vollmacht eines Dritten gegenüber dem Netzbetreiber auf, so sichert er diesem das Vorliegen einer erforderlichen Bevollmächtigung zu. <sup>2</sup>Der Messstellenbetreiber stellt den Netzbetreiber von Haftungsansprüchen Dritter frei, die daraus resultieren, dass zugesicherte Vollmachten tatsächlich nicht oder nicht rechtswirksam vorliegen. <sup>3</sup>Der Netzbetreiber behält sich vor, in begründeten Einzelfällen die Vorlage der Vollmacht zu verlangen. <sup>4</sup>In einem solchen Fall genügt hierzu in der Regel die Übersendung einer Kopie der Vollmachtsurkunde als elektronisches Dokument.

## § 15 Entgelt, Abrechnung, Zahlung und Verzug

1. <sup>1</sup>Der Messstellenbetreiber kann für den Messstellenbetrieb von intelligenten Messsystemen vom Netzbetreiber ein jährliches Entgelt verlangen, welches die jeweils nach § 30 MsbG maßgebliche Preisobergrenze einhält. <sup>2</sup>Für den Einbau von modernen Messeinrichtungen gilt die Preisobergrenze des § 32 Abs. 1 MsbG. <sup>3</sup>Im Übrigen wird auf den durch die Bundesnetzagentur festgelegten Zusatzleistungsvertrag verwiesen.
2. <sup>1</sup>Der Messstellenbetreiber ist berechtigt, dem Netzbetreiber das Entgelt für den Messstellenbetrieb nach Maßgabe des MsbG anteilig in Rechnung zu stellen. <sup>2</sup>Der Anspruch besteht nur für den Messstellenbetrieb an Messstellen bei einem Letztverbraucher oder einem Anlagenbetreiber, die mit einem intelligenten Messsystem nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 und 2 MsbG ausgestattet sind und in den Anwendungsbereich dieses Gesetzes fallen.

---

<sup>1</sup>Auf die Mitteilung Nr. 1 zur Festlegung für einen beschleunigten werktäglichen Lieferantenwechsel in 24 Stunden (LFW24), welche die Anforderungen an den durchgängigen Versand von Zählerstandsgängen (ZSG) bei mit iMS ausgestatteten Marktkontaktionen sowie hinsichtlich der Pseudonymisierung beschreibt, wird verwiesen.

3. Sämtliche Kosten und Auslagen des Messstellenbetreibers für die Vorbereitung, Durchführung und Abwicklung des Messstellenbetriebs gelten als mit dem Entgelt abgegolten.
4. Im Falle einer Anpassung der in § 30 Abs. 1 bis 3 MsbG genannten Beträge ist der Messstellenbetreiber berechtigt, die geänderten Beträge ab Wirksamwerden der Änderung gegenüber dem Netzbetreiber abzurechnen.
5. <sup>1</sup>Der Messstellenbetreiber rechnet den auf den Netzbetreiber entfallenden Anteil der Entgelte jährlich nachschüssig ab. <sup>2</sup>Er ist berechtigt, Abschlagszahlungen im maximal monatlichen Turnus zu verlangen, sobald entweder mehr als 20 Messlokationen betroffen sind oder der vom Netzbetreiber zu tragende Anteil an den Kosten eine Gesamtsumme von 500 Euro überschreitet. <sup>3</sup>Der jährlich zu zahlende Betrag wird tagesscharf entsprechend des Anteils der Zuordnung des Netznutzers am Abrechnungszeitraum berechnet. <sup>4</sup>Die Berechnungsbasis entspricht bei Schaltjahren 366 Tagen, im Übrigen 365 Tagen.
6. <sup>1</sup>Die Entgelt-Abrechnung ist gemäß der Festlegung GPKE in elektronischer Form abzuwickeln. <sup>2</sup>Jede Position der Abrechnung muss eindeutig auf eine Artikel-ID des elektronischen Preisblatts referenzieren.
7. Bei Beendigung des Messstellenbetriebs vor Abschluss des Abrechnungsintervalls erfolgt die Abrechnung nur anteilig.
8. <sup>1</sup>Rechnungen werden zu dem vom Messstellenbetreiber angegebenen Zeitpunkt fällig, frühestens jedoch zehn Werktage nach Zugang der Zahlungsaufforderung. <sup>2</sup>Vom Messstellenbetreiber zu leistende Rückerstattungen werden spätestens zehn Werktage nach dem Ausstellungsdatum fällig. <sup>3</sup>Bei einem verspäteten Zahlungseingang sind die Vertragspartner berechtigt, Verzugszinsen gemäß den gesetzlichen Regelungen zu berechnen. <sup>4</sup>Die Geltendmachung eines weitergehenden Verzugsschadens bleibt vorbehalten. <sup>5</sup>Der Messstellenbetreiber ist berechtigt, Verzugskosten pauschal gemäß der veröffentlichten Preisblätter in Rechnung zu stellen. <sup>6</sup>Dem Netzbetreiber bleibt es unbenommen, einen tatsächlich geringeren Verzugsschaden nachzuweisen.
9. Einwände gegen die Richtigkeit der Rechnung und Entgeltberechnung berechtigen zum Zahlungsaufschub oder zur Zahlungsverweigerung nur, soweit die ernsthafte Möglichkeit eines offensichtlichen Fehlers in der Berechnung oder den Grundannahmen dazu besteht.
10. Gegen Forderungen des jeweils anderen Vertragspartners kann nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenansprüchen aufgerechnet werden.
11. <sup>1</sup>Werden Fehler in der Ermittlung von Rechnungsbeträgen oder in den der Rechnung zugrundeliegenden Daten festgestellt, so ist eine Überzahlung vom Messstellenbetreiber zu erstatten oder ein Fehlbetrag vom Netzbetreiber nachzuentrichten. <sup>2</sup>Die Abwicklung erfolgt grundsätzlich über die Geschäftsprozesse und Datenformate nach Maßgabe der GPKE in jeweils gültiger Fassung (Storno/Neuberechnung). <sup>3</sup>Ansprüche nach Satz 1 sind auf den der Feststellung des Fehlers vorausgehenden Abrechnungslesezeitraum beschränkt, es sei denn, die Auswirkung des Fehlers kann über einen größeren Zeitraum festgestellt werden. <sup>4</sup>In diesem Fall ist der Anspruch auf längstens drei Jahre beschränkt.
12. Die Zahlung von Entgelten, Steuern und sonstigen Belastungen nach diesem Vertrag hat durch Überweisung zu erfolgen, sofern die Parteien nichts Anderweitiges vereinbaren.
13. <sup>1</sup>Der Netzbetreiber ist verpflichtet, dem Messstellenbetreiber unverzüglich mitzuteilen, wenn ein Dritter das Entgelt anstelle des Netzbetreibers zahlt. <sup>2</sup>Der Messstellenbetreiber ist berechtigt, Zahlungen Dritter abzulehnen.
14. Abweichende Regelungen zur Zahlungsfrist bleiben unbenommen.

15. <sup>1</sup>Erfüllt der Messstellenbetreiber seine Pflichten im Hinblick auf die Abmeldung einer Messlokation und wird ihm die Zuständigkeit für diese allein aus dem Grund weiterhin zugewiesen, weil der Netzbetreiber seinen Pflichten aus der Marktkommunikation nicht nachkommt, ist der Messstellenbetreiber berechtigt, gegenüber dem Netzbetreiber das Entgelt für diese Messlokation in Rechnung zu stellen. <sup>2</sup>Dies gilt nicht, wenn der Netzbetreiber dem Messstellenbetreiber nachweisen kann, dass er seinerseits die ihm obliegenden Pflichten erfüllt hat. <sup>3</sup>Fällt der Zeitpunkt des nachgewiesenen Beginns der Stammdatensynchronisation nicht auf den 1. eines Kalendermonats, wird das Entgelt anteilig für den Monat fällig.

## § 13-16 Haftung

1. <sup>1</sup>Der Messstellenbetreiber haftet ~~gegenüber dem Netzbetreiber~~ für Sach- und Vermögensschäden, die dem Netzbetreiber durch die Unterbrechung oder durch Unregelmäßigkeiten ~~der Energieversorgung des Messstellenbetriebs entstehen~~ entsprechend den besonderen Haftungsbestimmungen des § 18 NAV. <sup>2</sup>Für sonstige Schäden, die durch die ~~technischen Einrichtungen der Messlokation-Messstelle~~ selbst oder deren fehlerhaften Einbau, Ausbau, Betrieb oder Wartung verursacht worden sind, haftet der Messstellenbetreiber nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen und stellt den Netzbetreiber von etwaigen Schadensersatzforderungen Dritter in diesem Zusammenhang frei.
2. Wirkt der Messstellenbetreiber nach § 7 Abs. 5 dieses Vertrages an Maßnahmen des Netzbetreibers mit, ist der Netzbetreiber verpflichtet, den Messstellenbetreiber von sämtlichen Schadensersatzansprüchen freizustellen, die sich aus einer unberechtigten Handlung ergeben können.
3. <sup>1</sup>Der Netzbetreiber haftet gegenüber dem Messstellenbetreiber für Schäden durch Unterbrechung oder Unregelmäßigkeiten der Energieversorgung entsprechend den besonderen Haftungsbestimmungen des § 18 NAV. <sup>2</sup>Die gesetzliche Haftung bleibt im Übrigen unberührt.
4. <sup>1</sup>Im Übrigen haften die Vertragspartner einander für Sach- und Vermögensschäden, die aus einer schuldhaften Verletzung wesentlicher Vertragspflichten herrühren. <sup>2</sup>Die Haftung ist im Fall leicht fahrlässigen Verschuldens auf vertragstypische, vorhersehbare Schäden begrenzt. <sup>3</sup>Im Fall der Verletzung nicht wesentlicher Vertragspflichten haften die Vertragspartner einander nur für vorsätzliches und grob fahrlässiges Handeln, wobei die Haftung für grob fahrlässig verursachte Sach- und Vermögensschäden auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt ist.
  - a. Unter wesentlichen Vertragspflichten werden hier die Verpflichtungen verstanden, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertraut und vertrauen darf.
  - b. Vertragstypische, vorhersehbare Schäden sind solche, die der Vertragspartner bei Vertragsschluss als mögliche Folge einer Vertragsverletzung vorausgesehen hat oder unter Berücksichtigung der Umstände, die ihm bekannt waren oder die er hätte kennen müssen, bei Anwendung der verkehrsüblichen Sorgfalt hätte voraussehen müssen.
5. Die Vertragspartner haften einander für Schäden aus der schuldhaften Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.
6. Eine Haftung der Vertragspartner nach zwingenden Vorschriften des Haftpflichtgesetzes und anderen Rechtsvorschriften bleibt unberührt.
7. Die Abs. 1 bis 6 gelten auch zugunsten der gesetzlichen Vertreter, Arbeitnehmer sowie der Erfüllungs- oder Verrichtungsgehilfen der Vertragspartner, soweit diese für den jeweiligen Vertragspartner Anwendung finden.
8. Das Recht des Messstellenbetreibers, gegenüber dem Netzbetreiber Schadensersatz für darüber hinausgehenden Aufwand und Kosten einer nicht oder nicht unverzüglich initiierten Stammdatensynchronisation nach allgemeinen zivilrechtlichen Normen geltend zu machen, bleibt unberührt.

## § 14 17 Vertragslaufzeit und Kündigung

1. <sup>1</sup>Der Rahmenvertrag tritt [...am (Datum einfügen)] in Kraft und läuft auf unbestimmte Zeit. <sup>2</sup>Spätestens am Kalendertag nach der formgerechten Meldung einer Mess- bzw. Marktlokation vom Messstellenbetreiber an den Netzbetreiber gilt diese als in den Vertrag aufgenommen. <sup>3</sup>Er kann vom Messstellenbetreiber mit einer Frist von drei Monaten auf das Ende eines Kalendermonats in Textform gekündigt werden.
2. ~~Dieser Vertrag kann von beiden Parteien fristlos aus wichtigem Grund in Textform gekündigt werden, wenn gegen wesentliche Bestimmungen dieses Vertrages wiederholt trotz Abmahnung schwerwiegend verstoßen wird.~~ <sup>1</sup>Beide Vertragspartner können diesen Vertrag fristlos aus wichtigem Grund in Textform kündigen. <sup>2</sup>Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn dem kündigenden Teil unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses bis zum Ablauf einer Kündigungsfrist nicht zugemutet werden kann.
3. <sup>1</sup>Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer Pflicht aus dem Vertrag, ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig. <sup>2</sup>Für die Entbehrlichkeit der Bestimmung einer Frist zur Abhilfe und für die Entbehrlichkeit einer Abmahnung findet § 323 Absatz 2 Nummer 1 und 2 BGB entsprechende Anwendung. <sup>3</sup>Die Bestimmung einer Frist zur Abhilfe und eine Abmahnung sind auch entbehrlich, wenn besondere Umstände vorliegen, die unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die sofortige Kündigung rechtfertigen. <sup>4</sup>Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn das Vertrauensverhältnis so schwerwiegend gestört ist, dass eine sofortige Beendigung des Vertrages gerechtfertigt erscheint. <sup>5</sup>Die Abmahnung hat in Textform und unter Androhung der Kündigung zu erfolgen. <sup>6</sup>Der sechs Monatszeitraum beginnt mit dem Monat, in dem die erste Abmahnung erfolgt. <sup>7</sup>Ein mehrfacher identischer Pflichtverstoß gilt bis zur Abmahnung als ein Pflichtverstoß.
4. <sup>1</sup>Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor, wenn innerhalb von sechs Monaten wiederholt in entsprechendem Umfang trotz Abmahnung schwerwiegend gegen
  - a. wesentliche Bestimmungen dieses Vertrages oder
  - b. Pflichten der Vertragspartner zur rechtzeitigen Übermittlung der Daten im Rahmen der elektronischen Marktkommunikation oder
  - c. sonstige wesentliche Pflichten aus dem MsbG, der GPKE oder der WiM in der jeweils geltenden Fassungverstoßen wird.  
<sup>2</sup>Dies gilt auch, wenn der Messstellenbetreiber die Verstöße nach den erforderlichen Abmahnungen beseitigt hat und diese zum Kündigungszeitpunkt nicht mehr bestehen, aber der Netzbetreiber durch die wiederholten schwerwiegenden Verstöße das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit oder -willigkeit des Messstellenbetreibers verloren hat.
5. <sup>1</sup>Der Netzbetreiber ist berechtigt, die außerordentliche Kündigung auf einzelne Messlokationen zu beschränken. <sup>2</sup>Eine außerordentliche Kündigung des gesamten Vertrages aus wichtigem Grund kommt nur in Betracht, sofern als milderer Mittel die Begrenzung der Kündigung auf einzelne Messlokationen zuvor erfolglos war oder von vornherein ungeeignet wäre und ein Verstoß im Hinblick auf mindestens 10% aller vom Messstellenbetreiber zu verantwortenden Messlokalationen vorliegt.
6. Der Messstellenbetreiber ist berechtigt den Vertrag in Ansehung einzelner Messlokationen außerordentlich zu kündigen, wenn der Messstellenvertrag aufgrund einer außerordentlichen Kündigung durch den Anschlussnutzer oder Lieferanten (kombinierter Vertrag) beendet wurde.
7. <sup>1</sup>Die Aufgabe des Messstellenbetriebs durch den Messstellenbetreiber führt ungeachtet etwaiger nebenvertraglicher oder zur Abwicklung des Messstellenbetreiber-Wechsels fortzusetzender Pflichten zur Beendigung dieses Vertrages. <sup>2</sup>Der Messstellenbetreiber hat dem Netzbetreiber die Aufgabe des Messstellenbetriebs im Rahmen der elektronischen Marktkommunikation mit angemessenem Vorlauf vorab mitzuteilen.

8. <sup>1</sup>Der Ausbau der Messeinrichtung nach Beendigung des Vertrags erfolgt mit Einbau der neuen Messeinrichtung durch den neuen Messstellenbetreiber. <sup>2</sup>Es sei denn, der neue Messstellenbetreiber übernimmt nach Absprache mit dem bisherigen Messstellenbetreiber die Messeinrichtung. <sup>3</sup>Der Messstellenbetreiber sichert zu, dass er den Versand der Messwerte bis zur vollständigen Übernahme des Messwertevsands durch den nachfolgenden Messstellenbetreiber sicherstellt. <sup>4</sup>Die gesetzlichen Pflichten zur Messwertübermittlung sowie die fortwirkenden nebenvertraglichen Mitwirkungspflichten zur Gewährleistung einer kontinuierlichen Messwertübermittlung bleiben unberührt.

## § 18 Vertragsstrafe

1. <sup>1</sup>Der Netzbetreiber ist berechtigt, im Falle eines Verstoßes des Messstellenbetreibers gegen wesentliche, aus diesem Vertrag, dem MsbG, der GPKE oder WiM in der jeweils geltenden Fassung resultierende wesentliche Pflichten eine monatlich anzusetzende Gebühr gegenüber dem Messstellenbetreiber auszusprechen. <sup>2</sup>Ein Verstoß gegen eine wesentliche, aus diesem Vertrag resultierende Pflicht liegt insbesondere vor, wenn
- der Messstellenbetreiber für 24 Stunden keine Messwerte an den Netzbetreiber übermittelt oder
  - der Messstellenbetreiber seine Mitwirkung an erforderlichen Clearing-Prozessen unterlässt.
- <sup>3</sup>Die Aussprache erfolgt innerhalb einer Kalenderwoche nach Kenntnis des Verstoßes in Textform. <sup>4</sup>Die Gebühr beträgt einen Euro pro Tag und je betroffener Messlokation an dem bzw. bei der ein Pflichtverstoß vorliegt. <sup>5</sup>Alle Pflichtverstöße in Ansehung einer Messlokation an diesem Tag gelten als ein Pflichtverstoß.
2. Das Recht des Messstellenbetreibers nach § 15 Abs. 15 ein Entgelt für die betroffene Messlokation vom Netzbetreiber zu verlangen, bleibt unberührt.
3. <sup>1</sup>Der Messstellenbetreiber ist berechtigt, im Falle eines Verstoßes des Netzbetreibers gegen wesentliche, aus diesem Vertrag, dem MsbG, der GPKE oder der WiM in der jeweils geltenden Fassung resultierende Pflichten eine monatlich anzusetzende Gebühr gegenüber dem Netzbetreiber auszusprechen. <sup>2</sup>Ein Verstoß gegen eine wesentliche, aus diesem Vertrag resultierende Pflicht liegt insbesondere vor, wenn
- der Netzbetreiber eine erforderliche Stammdatenkorrektur nicht oder nicht vollständig initiiert oder
  - der Netzbetreiber seine Mitwirkung an erforderlichen Clearing-Prozessen unterlässt.
- <sup>3</sup>Die Aussprache erfolgt innerhalb einer Kalenderwoche nach Kenntnis des Verstoßes in Textform. <sup>4</sup>Die Gebühr beträgt einen Euro pro Tag und je betroffener Messlokation an dem bzw. bei der ein Pflichtverstoß vorliegt. <sup>5</sup>Alle Pflichtverstöße in Ansehung einer Messlokation an diesem Tag gelten als ein Pflichtverstoß.
6. Das Recht zur Kündigung aus § 17 bleibt unberührt.

## § 15-19 Übergangs- und Schlussbestimmungen

1. <sup>1</sup>Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag können mit Zustimmung der jeweils anderen Vertragspartei/partners auf einen Dritten übertragen werden. <sup>2</sup>Die Zustimmung darf nur verweigert werden, sofern die technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des eintretenden Dritten nicht gewährleistet ist. <sup>3</sup>Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn die andere Vertragspartei/partner nicht innerhalb von sechs Wochen nach der Mitteilung über die Übertragung der Rechte und Pflichten widerspricht. <sup>4</sup>Die Mitteilung und der Widerspruch nach Satz 3 sind jeweils in Textform gegenüber

dem anderen Vertragspartner zu erklären. <sup>5</sup>Im Fall der Gesamtrechtsnachfolge oder der Rechtsnachfolge nach dem Umwandlungsgesetz oder in sonstigen Fällen der rechtlichen Entflechtung des Netzbetriebs nach § 7 EnWG gehen die Rechte und Pflichten des Vertrages ohne Zustimmung über. <sup>6</sup>Eine Zustimmung ist auch dann nicht erforderlich, wenn es sich bei dem Rechtsnachfolger um ein verbundenes Unternehmen i. S. d. §§ 15 ff. AktG handelt. <sup>7</sup>In diesen Fällen bedarf es lediglich der Mitteilung in Textform an den anderen Vertragspartner.

2. <sup>1</sup>Gibt der Netzbetreiber sein Netz oder einen Teil seines Netzes an einen anderen Netzbetreiber ab, informiert er den Messstellenbetreiber über die Netzabgabe und die Einzelheiten der Abwicklung mit einer Frist von mindestens dreieinhalb Monaten vor Wirksamwerden der Netzabgabe. <sup>2</sup>Übernimmt der Netzbetreiber ein Netzgebiet, werden die Messlokationen des Messstellenbetreibers in diesem Netzgebiet ab Übernahme des Netzes durch den Netzbetreiber im Rahmen dieses Vertrages abgewickelt. <sup>3</sup>Der Netzbetreiber informiert den Messstellenbetreiber über die Netzübernahme und die Einzelheiten der Abwicklung mit einer Frist von mindestens dreieinhalb Monaten vor Wirksamwerden der Netzübernahme.
3. <sup>1</sup>Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrags unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so bleibt der Vertrag im Übrigen unberührt. <sup>2</sup>Die Vertragsparteienpartner verpflichten sich, bis zum Inkrafttreten einer regulierungsbehördlich festgelegten Nachfolgefassung die unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen durch andere, ihrem wirtschaftlichen Erfolg möglichst nahekommenden Regelungen zu ersetzen. <sup>3</sup>Zur Schließung von Regelungslücken sind die Vertragsgrundlagen nach § 1 Abs. 1 dieses Vertrages einschlägigen Rechtsgrundlagen, insbesondere das MsbG und das EnWG sowie die auf diesen Grundlagen erlassenen Rechtsverordnungen und behördlichen Festlegungen in jeweils aktueller Fassung heranzuziehen. <sup>4</sup>Die Bestimmungen des Vertrages sind nach Treu und Glauben umzusetzen. Der Netzbetreiber teilt Vereinbarungen nach Satz 2 der Beschlusskammer 6 der Bundesnetzagentur unverzüglich in Textform mit.
4. ~~Sollten sich sonstige für das Vertragsverhältnis bestimmende Umstände wesentlich ändern oder gesetzliche oder behördliche Maßnahmen eine Änderung erforderlich machen, haben die Vertragsparteien den Vertrag bis zum Inkrafttreten einer regulierungsbehördlich festgelegten Nachfolgefassung unverzüglich an die neuen Rahmenbedingungen anzupassen.~~ Ändern sich die bei Vertragsschluss vorgefundenen wirtschaftlichen, rechtlichen und wettbewerblichen Verhältnisse durch gesetzliche Vorgaben, behördliche Maßnahmen oder durch Regelungen zwischen den Verbänden der Stromwirtschaft auf nationaler oder internationaler Ebene während der Vertragslaufzeit wesentlich, so können die Vertragspartner bei der Beschlusskammer 6 der Bundesnetzagentur einen Antrag auf Anpassung des Mustervertrages stellen.
5. <sup>1</sup>Beide Vertragspartner vereinbaren, dass im Fall jeder künftigen Anpassung der diesem Vertrag zugrundeliegenden Festlegung des Mustervertrages mittels einer Festlegung der Bundesnetzagentur die gegenständlichen Änderungen zu dem in der behördlichen Festlegung vorgesehenen Zeitpunkt auch im Rahmen dieses Vertragsverhältnisses ihre rechtliche Wirkung entfalten, ohne dass es hierfür einer erneuten ausdrücklichen Vertragsänderung durch die Vertragspartner bedarf. <sup>2</sup>Der Netzbetreiber informiert den Messstellenbetreiber, sofern nicht anders festgelegt, spätestens zwei Monate vor dem Zeitpunkt des Inkrafttretens über die geänderten Bedingungen dieses Vertrages in Textform und veröffentlicht sie auf seiner Internetseite. <sup>3</sup>Der Messstellenbetreiber ist abweichend von § 17 berechtigt, den vorliegenden Vertrag mit einer Frist von sechs Wochen zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderungen zu kündigen. <sup>4</sup>Gemäß § 1 Satz 3 getroffene Vereinbarungen, die den geänderten Bedingungen nicht widersprechen, bleiben grundsätzlich unberührt.
6. <sup>1</sup>Ist der Netzbetreiber ein Kaufmann, eine juristische Person des öffentlichen Rechts, öffentlich-rechtliches Sondervermögen oder hat keinen allgemeinen Gerichtsstand in der Bundesrepublik Deutschland, ist im Fall von Streitigkeiten das Gericht zuständig, bei dem der Netzbetreiber seinen allgemeinen Gerichtsstand hat. <sup>2</sup>Sofern der Netzbetreiber keinen allgemeinen Gerichtsstand in der Bundesrepublik Deutschland hat, ist der Gerichtsstand am Sitz der für ihn zuständigen Regulierungsbehörde.
- 5-7. Mit Vertragsbeginn werden bis zu diesem Zeitpunkt zwischen den Vertragsparteienpartnern bestehende Vereinbarungen über den Messstellenbetrieb unwirksam.
- 6-8. <sup>1</sup>Änderungen oder Ergänzungen des Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Textform. <sup>2</sup>Gleiches gilt für die Änderung dieser Klausel.

9. Jeder Vertragspartner erhält eine Ausfertigung des Vertrages.

**§ 20 Anlage**

Die nachfolgend genannte Anlage ist Bestandteil des Vertrages:

- Vereinbarung über elektronischen Datenaustausch (EDI)<sup>2</sup>

Konsultation

---

<sup>2</sup> Elektronisch abrufbar unter [https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Beschlusskammern/1\\_GZ/BK6-GZ/2020/BK6-20-160/Anlagen%20Beschluss/EDI%20Vereinbarung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Beschlusskammern/1_GZ/BK6-GZ/2020/BK6-20-160/Anlagen%20Beschluss/EDI%20Vereinbarung.pdf?__blob=publicationFile&v=1).